Stand: 19.11.2025 01:58:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5304

"Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/5304 vom 11.02.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6143 des SO vom 05.03.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/6277 vom 22.04.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.02.2015 Drucksache 17/5304

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss mündlich und schriftlich über die Wohnraumförderung im Freistaat zu berichten.

Hierbei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Wie verteilen sich die F\u00f6rdergelder f\u00fcr den \u00f6ffentlich gef\u00f6rderten Wohnungsbau (aufgeschl\u00fcsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen)?
- Welcher Verteilungsschlüssel wird bei der Verteilung der Fördergelder angewendet?
- Welchen Bedarf haben die Kommunen in den jeweiligen Regierungsbezirken angemeldet?
- Inwiefern berücksichtigt die Staatsregierung die jeweiligen wohnungspolitischen Belange der Gemeinden?
- Welche Kommunen haben Quoten für öffentlich geförderten Wohnungsbau in neuen Baugebieten festgesetzt?
- Können diese Quoten mit den derzeit im Staatshaushalt eingestellten Mitteln zur Wohnraumförderung überhaupt erfüllt werden und wenn ja, in welchem Umfang?
- Wie hoch sind jeweils der Bedarf und der Bestand an Sozialwohnungen in den bayerischen Kommunen?
- Wie viele Personen in Bayern haben einen Anspruch (allgemeine und gezielte Wohnungsberechtigungsscheine) auf eine geförderte (Sozial-) Mietwohnung (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen)?

- Wie viele Personen stehen derzeit auf Wartelisten (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen)?
- Wie viele Wohneinheiten müssten in Bayern pro Jahr geschaffen werden, um die Gesamtzahl der geförderten Wohnungen auf dem heutigen Niveau zu halten?
- Welche Strategien verfolgt die Staatsregierung, um solche Wohnungsbestände dauerhaft sozialverträglich zu bewirtschaften?

Begründung:

Kommunen und Freistaat haben die gemeinsame Verantwortung dafür, dass sich alle Bevölkerungsgruppen dauerhaft mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum versorgen können. In Bayern verringert sich das Angebot an bezahlbarem Wohnraum vor allem in Ballungsräumen drastisch. Davon sind nicht nur einkommensschwache und hilfsbedürftige Menschen betroffen, sondern immer mehr Haushalte mit mittleren Einkommen. Vor allem der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern schmilzt immer weiter zusammen, weil der Neubau in diesem Segment weder Bedarf noch auslaufende Sozialbindungen kompensieren kann. So hat sich der Bestand an Sozialwohnungen in den letzten 15 Jahren nahezu halbiert. Allein 2013 sind mehr als 6.300 Sozialwohnungen aus den Sozialbindungen gefallen. Herausforderung der nächsten Jahre wird es daher sein, vor allem in Ballungsräumen ausreichend bezahlbaren Wohnraum für untere und mittlere Einkommen zu schaffen. Obwohl Staatsminister Herrmann 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen hat, ist man von den jährlich 70.000 angestrebten neugebauten Wohnungen weit entfernt. Ohne Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus - gerade der soziale Wohnungsneubau ist zu stärken und muss erheblich gesteigert werden – wird man die Situation auf den angespannten bayerischen Wohnungsmärkten jedoch nicht in den Griff bekommen. Zumal Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, dass Bayern auch weiterhin von der Zuwanderung innerhalb Deutschlands und aus dem Ausland profitieren wird.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.03.2015 Drucksache 17/6143

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/5304

Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. In Satz 1 werden die Worte "mündlich und" gestrichen.
- Im 5. Spiegelstrich werden nach dem Wort "Kommunen" die Worte "(die 10 größten Kommunen im Freistaat Bayern)" eingefügt.
- 3. Im 10. Spiegelstrich werden die Worte "geförderten Wohnungen" durch die Worte "sozial gebundenen Wohnungen" ersetzt.

Berichterstatterin: Christine Kamm Mitberichterstatter: Thomas Huber

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 5. März 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.04.2015 Drucksache 17/6277

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/5304. 17/6143

Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss schriftlich über die Wohnraumförderung im Freistaat zu berichten.

Hierbei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Wie verteilen sich die Fördergelder für den öffentlich geförderten Wohnungsbau (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen)?
- Welcher Verteilungsschlüssel wird bei der Verteilung der Fördergelder angewendet?
- Welchen Bedarf haben die Kommunen in den jeweiligen Regierungsbezirken angemeldet?

- Inwiefern berücksichtigt die Staatsregierung die jeweiligen wohnungspolitischen Belange der Gemeinden?
- Welche Kommunen (die zehn größten Kommunen im Freistaat Bayern) haben Quoten für öffentlich geförderten Wohnungsbau in neuen Baugebieten festgesetzt?
- Können diese Quoten mit den derzeit im Staatshaushalt eingestellten Mitteln zur Wohnraumförderung überhaupt erfüllt werden und wenn ja, in welchem Umfang?
- Wie hoch sind jeweils der Bedarf und der Bestand an Sozialwohnungen in den bayerischen Kommunen?
- Wie viele Personen in Bayern haben einen Anspruch (allgemeine und gezielte Wohnungsberechtigungsscheine) auf eine geförderte (Sozial-) Mietwohnung (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen)?
- Wie viele Personen stehen derzeit auf Wartelisten (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Kommunen)?
- Wie viele Wohneinheiten müssten in Bayern pro Jahr geschaffen werden, um die Gesamtzahl der sozial gebundenen Wohnungen auf dem heutigen Niveau zu halten?
- Welche Strategien verfolgt die Staatsregierung, um solche Wohnungsbestände dauerhaft sozialverträglich zu bewirtschaften?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Protokollauszug 43. Plenum, 22.04.2015

Bayerischer Landtag - 17. Wahlperiode

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 16 und 24 der Anlage zur Ta-

gesordnung. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und

anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Besuch einer Gedenkstätte für die

Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayeri-

schen Schularten fest verankern" auf der Drucksache 17/5334, der auf Antrag der

Fraktion der FREIEN WÄHLER einzeln beraten werden soll, und der Antrag der Abge-

ordneten Arnold, von Brunn, Ruth Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend

"Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquel-

len ... und Nachtzielgeräten ... für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problem-

gebieten" auf der Drucksache 17/5142, der auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls ein-

zeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich, anzuzei-

gen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese

Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses

(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015 Vf. 3-VIII-15 betreffend

Meinungsverschiedenheit zwischen den Antragstellerinnen

- 1. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag,
- Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

und den Antragsgegnerinnen

- CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
- 2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzt PII/G1310.14-0012

Drs. 17/6166 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015 Vf. 4-VIII-15 betreffend

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen

- 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
- 2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzen. PII/G1310.14-0012 Drs. 17/6164 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichtes Erster Senat vom 9. März 2015 1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13, 1 BvR 1874/13 betreffend Verfassungsbeschwerden
 - gegen das Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielhG Berlin) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
 - gegen § 2 Abs. 1 und 3; § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; § 5 Abs. 1; § 6 Abs. 1 bis 4, Abs. 6 bis 8; § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und 4; § 7 Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 7, 9 bis 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin SpielhG Bln) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
 - gegen § 29 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 GlüStV und Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayAGGlüStV (einjährige Übergangsregelung für nach dem 28. Oktober 2011 nach § 33i GewO genehmigte Spielhallen)
 - gegen
 - a) das in Art. 1 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 156 ff.,
 - b) das in Art. 5 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Saarländische Spielhallengesetz (SSpielhG), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 171 ff.

PII/-G1320.13-0003 Drs. 17/6167 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerden sind unbegründet.
- III. Die Stellungnahme fertigt der Abgeordnete Jürgen W. Heike.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD Inklusion jetzt: Schulbegleitung überarbeiten Drs. 17/3693, 17/6071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zusätzlicher Aufwand durch das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung Drs. 17/3714, 17/6050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

6. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Ruth Waldmann, Annette Karl u.a. SPD Einführung landesweit verbindlicher, einheitlicher Standards für Querungsstellen im öffentlichen Verkehrsraum

Drs. 17/4397, 17/5832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

7.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
	Kathi Petersen u.a. SPD
	Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots Drs. 17/4487, 17/6055 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Übernahme der kommunalen Kosten für Kindertageseinrichtungen bei der Betreuung von Kindern von Asylsuchenden Drs. 17/4505, 17/5874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Videoüberwachung an Schulen Drs. 17/4690, 17/6072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Bericht zum LehrplanPLUS Gymnasium Drs. 17/4702, 17/6073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zum angekündigten 10.000 Häuser-Programm der Bayerischen Staatsregierung Drs. 17/4720, 17/6067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rückbau der Gleisanlagen der Sinntalbahn verhindern und Sinntalbahn nicht von eisenbahnbetrieblichen Zwecken freistellen Drs. 17/5029, 17/5833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

13.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und
	Sexualerziehung in Bayern
	Drs. 17/5035, 17/6077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung

Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung Drs. 17/5125, 17/6056 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum Zustimmung zugrunde zu legen.

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Weihnachtsgans mit gutem Gewissen – Kennzeichnung von Gänsefleisch vorantreiben

Drs. 17/5135, 17/6042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen (KLQ) und Nachtzielgeräten (NZG) für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten Drs. 17/5142, 17/6048 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zur Perspektive der standortnahen Atommüllzwischenlager in Bayern nach der Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel Drs. 17/5191, 17/6044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Volker Bauer, Robert Brannekämper u.a. CSU Eigene Rubrik im Familienpakt Bayern: Männer in der Arbeitswelt Drs. 17/5196, 17/5876 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 G7-Gipfel: "Kein Bürger soll auf Schäden sitzenbleiben"
 Drs. 17/5227, 17/6015 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
 Alphabetisierungsatlas für Bayern vorlegen
 Drs. 17/5229, 17/6074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Sonderrechte für Rettungsdienst und Notarzt in der StVO – Umsetzung in Bayern Drs. 17/5230, 17/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen

Drs. 17/5304, 17/6143 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

23.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Anspruch auf Zuerkennung eines MODUS-Status
	Drs. 17/5306, 17/6078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus / eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern Drs. 17/5334, 17/6079 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Verursacher lärminduzierter Gesundheitsschäden durch Fluglärm an Behandlungskosten beteiligen Drs. 17/5335, 17/6057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u.a. CSU Ausbildung in der Altenpflege – Ausbildungsumlage einführen Drs. 17/5338, 17/6058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

27.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU Ambulante medizinische Versorgung außerhalb der normalen Praxisöffnungszeiten: verlässliches Angebot für die Patienten – finanzieller Ausgleich für Krankenhäuser Drs. 17/5340, 17/6059 (E)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pfleg				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
28.	 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Klaus Steiner u.a. CSU Laubholzbockkäfer effektiv bekämpfen Drs. 17/5341, 17/6049 (E) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
29.	 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Bericht zum LehrplanPLUS Drs. 17/5345, 17/6075 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Antrag des Abgeordneten Michael Brückner CSU Erweiterung des Berichts über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung um einen Forecast Drs. 17/5346, 17/6141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU Verbesserung des Pflegesystems durch Abbau von Bürokratie – Übernahme von Kosten für den Transport zu ambulanter medizinischer Versorgung nach Feststellung der Notwendigkeit durch den behandelnden Arzt Drs. 17/5347, 17/6060 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD

Einrichtung des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V ermöglichen Drs. 17/5379, 17/6061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen
	Drs. 17/5407, 17/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
 Keine unverhältnismäßigen Abholzungen in von ALB-betroffenen Gebieten Drs. 17/5431, 17/6046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechte indigener Bevölkerung schützen – ILO-169-Übereinkommen ratifizieren Drs. 17/5484, 17/6142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Französisch als zweite Fremdsprache auch musischen Gymnasien ermöglichen Drs. 17/5489, 17/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Ausbau der Bundesautobahn A 3 / Realisierung A 94 Drs. 17/5494, 17/6069 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

38. Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU S-Bahn Haltepunkte Forchheim Nord Drs. 17/5522, 17/6070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Ø

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bauunterhalt und Sanierung staatlicher Gebäude Drs. 17/5611, 17/5974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD Grundstockvermögen des Freistaats Bayern offenlegen

Drs. 17/5624, 17/5975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen Drs. 17/5012, 17/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat